

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Bannereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Bannerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Vertrieb: wöchentlich am Samstag
Erscheinungsort: Berlin, unter den Eichen 127
Eingetragen in die Postämterliste

Verleger: Hermann Heilmann, St. Peter, Berlin-Charlottenburg
Verwaltung: unter den Eichen 127, Spandauerstr. 6
Druck: Hermann Heilmann, Paul Singer & Co., Berlin O 25, 68

Interaktionspreis
Kontaktsamstag: 10 Pfennig
Schluss für Inserate: Freitag, früh 5 Uhr

Über 50000 Mitglieder zählt jetzt unser Verband! Noch Tausende sind zu gewinnen!

Spätestens am 20. April

müssen die Stimmgabel zum Verbandstag und zum Gewerkschaftskongress in Händen der einzelnen Zahlstellen sein. Die Bekanntgabe in voriger Nummer der „Verbandszeitung“ im Schlusssatz ist dahin richtig zu stellen. Dies dem Wohlwollenden zur Beachtung.

Lohnerhöhungen und Lebenshaltung.

Bei der Sorge gegen die Lohnerhöhung, die sich die Arbeiterchaft in den letzten Monaten erkämpft hat, wird ganz außer acht gelassen, daß die Lohnerhöhung nur eine Folge der ins tiefenbasse gesteigerten Verteuerung der Lebenshaltung ist; es wird auch vergessen, daß die Arbeiterchaft während des Krieges unter unglücklichen Entbehrungen hat leben müssen. Nachkriegsregime dem Arbeiter ernsthaft zu Leibe rückt. Die Arbeiterchaft war nicht in der Lage, sich Kleidung, Schuhwerk oder sonstige dringend nötige Sachen zu kaufen. In den vier Kriegsjahren sind ihre Vorräte längst aufgebraucht, und da die Arbeiter Kleidung und Schuhwerk haben müssen, sind sie genötigt, die Marktpreise dafür aufzubringen, die unter der alten Regierung so ins Kraut wachsen. Ist es da zu verwundern, wenn sie, die während der Jahre um jede Lohnerhöhung, um jedes bißchen Steuerzulage mühselig kämpfen mußten, nun versuchen, ihre Löhne mit der gesteigerten Lebenshaltung einigermaßen im Einklang zu bringen? Uebertriebene Lohnforderungen verurteilt der überwiegende Teil der Arbeiterchaft. Wo ist aber eigentlich die Grenze zwischen berechtigtem und übertriebenen Forderungen zu ziehen?

Die Lebensmittelpreise sind, wirtschaftlich nachgesehen, um 100 Proz. gestiegen. Die Warenpreise sind in Deutschland seit Kriegsausbruch um mindestens 300 Proz. gestiegen. Dahinter bleibt aber die Steigerung der Löhne weit zurück. Vielfach mußte sie bis zur Revolution nur 40 bis 50 Proz. aus, und erst seit der Revolution sind größere Lohnsteigerungen erfolgt, die im Durchschnitt aber schwerlich 100 Proz. übersteigen. Das alles wird von den Herrschenden, die nun über die Lohnsteigerung der Arbeiterchaft zu Felde ziehen, unberücksichtigt gelassen. Es muß ihnen aber einmal in aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, wenn sie die Lohnforderungen der Arbeiterchaft dafür verantwortlich machen, daß Deutschland wirtschaftlich so am Boden liegt, und ganz die Profite vergessen, die sie und ihre Gleichen aus der Arbeiterchaft herausgeholt haben. Sei es nun, indem sie mit der Arbeiterchaft der Arbeiterchaft mächtern oder sich von ihr die Marktpreise für Essen und Trinken, Kleidung und Schuhe zahlen lassen.

Wo bleibt das Gesundheitsministerium?

Im „Reichsgefehlatt“ vom 24. März 1919 wird ein Erlass des Reichspräsidenten, betreffend die Errichtung und Bezeichnung der obersten Reichsbehörden veröffentlicht. Es sieht zwölf Ministerien vor, die auf Grund des Reichsgesetzes über „die vorläufige Reichsverwaltung“ eingesetzt worden sind. Bemerkenswert ist hier Reichswehrminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichsarbeitsminister, der Reichsfinanzminister, der Reichsminister für wirtschaftliche Verwaltung, usw. Nur einem Minister sucht man vergebens: dem Gesundheitsminister. Wo bleibt er?

Nu den in weitem Kreise genährten langjährigen sozialpolitischen Forderungen gehört auch die gründliche Ausgestaltung der öffentlichen Gesundheitspflege. Im früheren Reichstag und in den verschiedenen Bundesstaaten ist manches gute Wort über dringliche und wichtige Gesundheitsfragen gesprochen worden. Die Folgerung aus dieser Erkenntnis aber, die Schaffung selbständiger, arbeitstreibender Gesund-

heitsministerien in Reich und Staat, hat man nicht gezogen. Die Wirkungen des Krieges haben die Verbesserung der Gesundheitspflege besonders unerlässlich gemacht. Soll das deutsche Volk wieder kräftig und leistungsfähig werden, so ist vor allem sein Gesundheitszustand wieder zu heben. Freilich gehören dazu noch eine Reihe anderer Maßnahmen, als man sie streng genommen unter der öffentlichen Gesundheitspflege versteht. Es ist nur beispielweise an die Beschaffung genügender Lebensmittel usw. erinnert. Aber hier wird schon die Wiederherstellung des Friedens wachsende Besserung bringen. Das genügt aber nicht. Einmal sind die Schäden des Krieges zu tiefgehende, zum anderen muß auch die Gesundheitspflege über den Zustand vor dem Kriege hinausgehoben werden. Sind wir doch gezwungen, mit unseren menschlichen Kräften weit hauslicherer umzugehen als früher.

Die gegenwärtig stärkste politische Partei, die Sozialdemokratie, welche auch die Gesetzgebung maßgebend beeinflusst, hat in ihrem Erfurter Programm die Forderung nach „freier“ Gesundheitspflege, das heißt unentgeltlicher ärztlicher Behandlung und Heilmittel aufgestellt. Vorläufig wird das noch nicht zu verwirklichen sein, sondern nur ein Ziel bleiben. Es muß aber doch auf seine Durchführung hingearbeitet werden. Tatsächlich hat auch die neue Volksregierung wiederholt, u. a. in dem Programm, das sie der Nationalversammlung vorgelegt hat, die Wichtigkeit der Gesundheitsfragen anerkannt und Arbeiten zur planmäßigen Verbesserung der allgemeinen Volksgesundheit, den Ausbau des Mutterhauses, der Säuglings- und Jugendfürsorge usw. in Aussicht gestellt. Auch aus dem Kreise der Abgeordneten fanden diese Programmpunkte Beifall. Namentlich die weiblichen Volkstretter setzten sich für den Ausbau der Einrichtung ein. Zur Bearbeitung all dieser Angelegenheiten ist aber ein Gesundheitsministerium unerlässlich. Nur ein solches kann in enger Verbindung mit allen einschlägigen Institutionen und Körperschaften, z. B. mit der deutschen Ärzteschaft, mit den Krankenkassen usw. sein. In den letzten Tagen wird mitgeteilt, daß ein preisrätliches Wohlfahrtsministerium gegründet worden ist. Ueber seine Aufgaben ist jedoch Näheres nicht bekannt geworden.

Desherrelich ist uns in der Schaffung eines Gesundheitsministeriums vorausgegangen. England hat die Errichtung eines solchen bereits beschlossen. Wer als Laie glauben sollte, daß einem besonderen Gesundheitsministerium das ausreichende Arbeitsgebiet fehle, möge einmal die Aufgaben des österreichischen Gesundheitsministeriums betrachten: 1. Bekämpfung der Infektions- und Volkskrankheiten; 2. Wirtwirkung in allen Veterinär- und allen Angelegenheiten, welche die Wahrung der Gesundheit der Menschen berühren; 3. Hygiene der Gemeinden (Wohnungswesen, Wasserversorgung, usw.); 4. Verkehrshygiene, besonders Schiffshygiene; 5. Ernährungshygiene; 6. gesundheitliche Kinder- und Jugendfürsorge; 7. Berufs-, Gewerbe- und Unfallhygiene; 8. Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten; 9. Gefängnis-hygiene; 10. Apothekenwesen; 11. Leichenwesen; 12. Gesundheitliche Fürsorge für Kriegsbeschädigte; 13. Ausübung ärztlicher Tätigkeit und einschlägiger Hilfe. — Wie in Deutschland ein Gesundheitsministerium zu organisieren ist, haben namentlich die Ärzte schon oft erörtert. Möglich, daß sie sich wirtschaftliche Vorteile von der ganzen Einrichtung verschreiben. Das darf aber nicht abhalten, dem Gedankem wohlwollend nachzugehen. Kürzlich hielt der bekannte Berliner Arzt Dr. Magnus Girschfeld einen Vortrag über die Verstaatlichung des Gesundheitswesens, in dem er dem Gesundheitsministerium die doppelte Aufgabe der Krankheitsheilung und der Gesundheitshaltung zutrieb. Er schlägt 15 Abteilungen des Gesundheitsministeriums vor, deren jede wieder in

wenige oder mehrere Unterabteilungen zerfällt. Wie finden da noch die Schulhygiene, Reform des Impf-wesens, Ausbau der Leichenverbrennung, Vereinb-lung und Verstaatlichung der gesamten Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, Stellen-nachweis für Sanitätspersonen aller Art, sanitäre Unterrichtsabteilung, Bergesellschaftung der Apo-theken, Kontrolle aller diätetischen und kosmetischen Mittel, der Verbandstoffe usw., Bevölkerungs- und Sozialpolitik, amtliche Statistik des Gesund-, u. w. usw.

Das sind jedenfalls recht umfangreiche Obliegen-heiten. Kein anderes Ministerium hat sie in größerem Ausmaße zu lösen. Die Verträge wünschen, daß das Ministerium für Volksgesundheit nicht aus Bureaukraten, sondern aus Fachleuten bestehen soll. Wenn schon, so gehören dazu aber Verträge, die sich als mit dem Volksganzen unlosbar verbundene Organe fühlen, für dessen Erhaltung sie ebenso notwendig sind wie er für sie ist. Es gehören aber auch Verträge dazu, die gänzlich frei sind von Ueberhebung und Misset, die erfüllt sind vom Geist der neuen Zeit, vom Geiste der Zusammengehörigkeit und gemeinschaft-licher Einordnung, der Opferbereitschaft usw. Solche Leute sind jetzt schon vorhanden und werden sich in noch größerer Zahl heranzubilden.

Wie notwendig gerade ein Reichs-gesundheits-ministerium ist, zeigen folgende Ermäugungen: Es ist sachlich unzweckmäßig und manchmal geradezu lächer-lich, daß kleinere Gliedstaaten in vielen hygienischen Dingen, so bei der Bekämpfung ansteckender Krank-heiten und bei der Schaffung von gesundheitlicher Wohlfahrts-einrichtungen seitenslange Verordnungen herausgehen, die sich nur in gleichgültigen Bestim-mungen von den einschlägigen Verordnungen der größeren Staaten unterscheiden. Schlimmer noch ist es, daß vernünftige gesundheitliche Einrichtungen an der Grenze des anderen Gliedstaates ihr Ende finden. Das Schmerzlichste der gesundheitlichen Zentrale muß sich nach der Reichsinstanz verziehen. Es ist un-begreiflich, daß das Reichsamt des Innern bislang die gesundheitlichen Angelegenheiten in einer seiner vielen Abteilungen, die nicht von einem Mediziner geleitet wurden, glaubte sachlich bearbeiten zu können. Erst vor etwa zwei Jahren kam der erste Mediziner als Vortragender Rat für dieses Amt in Tätigkeit. Dem Reichs-gesundheitsamt fehlte die selbständige Ein-wirkung auf die Einführung gesundheitlicher Re-formen. Es blieb meist bei einer hegutachtenden Tätigkeit. Muß auch auf dem Gesundheitsgebiet die praktische Arbeit vorläufig noch von den Einzel-staaten und den Gemeinden geleistet werden, so be-dürfen sie doch der einheitlichen Anweisung und Richt-linien.

Da die eingangs erwähnte Regelung der Reichs-gesundheit ausdrücklich nur eine vorläufige ist, so muß dahin gemittelt werden, bei der endgültigen Ord-nung der Dinge das Gesundheitsministerium noch ein-zugliedern. Sein längeres Fehlen bedeutete eine große Lücke. Gündelt es sich doch darum, Menschen-leben, Menschengesundheit und Menschenglück, diese wahrhaft höchsten Güter der Nation, zu erhalten, zu fördern und zu vermehren. Das Gesundheitswesen muß mehr und mehr zum Mittelpunkt unseres ganzen politischen Lebens werden.

Gesundheitsfürsorge statt Entlassungsanzug. Wenn zur Entlassung kommende Unteroffiziere oder Mann-schaften auf die Zuschuldigung eines Entlassungs-anzuges verzichten, oder falls es an Entlassungs-anzügen mangelt, darf hierfür der entsprechende Geld-wert des Anzuges bis zum Höchstsat von 13,88 Mk. gezahlt werden. — In Sachsen beträgt die Entschädi-gung 150 Mk.

Während des Krieges, als es an Arbeitskräften mangelte...

† Leipzig. Die Genossenschaftsbrauerei bewilligt eine weitere wöchentliche Zulage von 10 Mk.

† Rastenburg. Mit der Rastenburg Brauerei L.A. und der Genossenschaftsbrauerei wurde unter Leitung des hiesigen Arbeitgeberverbandes ein Tarifvertrag abgeschlossen...

Die Rastenburg Brauereiarbeiter sind durch einen schönen Schritt vorwärts gekommen...

Malgfabriken.

† Sorgau. Mit der Malgfabrik Wahrensdorf wurde ein Nachtrag zum Tarifvertrag vereinbart...

Mühlen.

† Krausbad. Bereits im November vorigen Jahres wurden für die in der Mühle Netze Beschäftigten Forderungen eingereicht...

† Krausbad Sch. Die Mühle M. Golländer und die Mühle Gschädel Hoffmann bewilligten eine wöchentliche Zulage von 10 Mk. und erhöhten die Ueberstundenzulage auf 1 Mk. wochentags und 1,50 Mk. Sonntags.

† Krausbad-Rehborn. Den Kollegen der Brauereiarbeiter K.G. wurde vom 22. März eine wöchentliche Zulage von 10 Mk. wöchentlich bewilligt.

† Detmold. Die Detmolder Mühlenwerke hatten nur 10 Pfennig zu den früheren Löhnen bewilligt...

† Königsberg L. Br. Die Kollegen der Mühle Rautb hatten sich, gezwungen durch die Zeitverhältnisse, der Organisation angeschlossen...

† Rastenburg. Ein Tarifvertrag auf unbestimmte Zeit wurde mit den Rastenburg Mühlenwerken A. G. v. Amberg abgeschlossen...

Rechnen erhalten für die ganze Dauer den vollen Lohn für sämtliche Wochenlöhne und Ueberstunden...

† Rastenburg. Die Rastenburg Mühle L.A. hat unseren Antrag vom 12. März die Feuerungszulage ebenfalls zu erhöhen...

† Schöna u. Schw. Br. Am 8. März konnte ein Vertrag mit der Mühle Schöna bei Schw. abgeschlossen werden...

Verchiedene Betriebe.

† Rastenburg-Bismarck. Nachdem es in allen Branchen zu Lohnaufbesserungen gekommen ist, weil mit den bisherigen Löhnen nicht auszukommen war...

Korrespondenzen.

Hamburg. Die Versammlung am 22. März erbat die Wahl einer Wahlkommission für die Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftsversammlung...

Marxenwerder, Bep. In der Versammlung am 16. März legte Kollege Dienel die Ziele des Verbandes klar...

München. In einer überfüllten Versammlung sprach Kollege Gut über die wirtschaftliche und politische Lage und über die Angriffe gegen die Gewerkschaften...

In einer anschließenden Ansprache, die sich in der Hauptsache im Zustimmungsbereich bewegte, nahmen eine Reihe von Disziplinarrednern Stellung zu der gegenwärtigen allgemeinen Lage...

Weiter wurde ein Antrag angenommen, die Verhandlung solle bei dem Ortsverband der Brauereien für München und Umgebung dahin vorstellig werden...

Kasselburg. Am 25. März fand hier eine gut besuchte Brauer- und Mühlenarbeiterversammlung statt...

Auf Antrag des Kollegen Ruf beschloß die Versammlung, nunmehr statt des 60-Pf. den 70-Pf. Beitrag zu bezahlen...

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Mahlfrage. Die der Reichsgetreidestelle angeführten Mühlen sind mit der ab 1. Januar d. J. eingetretenen Mahllohnsteigerung von 6 Pf. pro Tonne nicht zufrieden...

Unsere Kollegen wollen daraus entnehmen, daß die durch den Winterabend erhöhten Produktionskosten in der Mahllohnsteigerung bereits abgedeckt sind...

Der Reichsverband in den Brauereien Dänemarks. Nach einem Regierungsvorschlag soll der Reichsverband in den Brauereien im kontinuierlichen Betrieb durchgeführt werden...

In den Malgfabriken und Mälzereien sind in fünf bis sechs Wintermonaten vermittelst gegen 200 Arbeiter im kontinuierlichen Betrieb tätig...

Sozialwirtschaftliches, Soziales.

Arbeitslosigkeit, Steuer- und Gewerkschaftsbeiträge nicht. Die Generalkommission richtete am 8. März an das preussische Finanzministerium das Gesuchen, die Steuerbehörden angewiesen, daß von dem zu veranlagenden Einkommen der Arbeiter Abzüge in Höhe der Ausgaben für Arbeitsbekleidung...

Die Arbeiter in den über den persönlichen außerberuflichen Bedarf hinausgehenden Steuern, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitsbekleidung erwachsen...

Falls in irgendeinem Veranlagungsbezirk der Abzug für Arbeitsbekleidung allgemein verlangt sein sollte...

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig...

